



## Newsletter Nr. 70

16. Dezember 2016

Liebe DFBG-Mitglieder,

heute erhalten Sie einen etwas anderen Newsletter. Als wir die Burkina Info 2 – 2016 zusammenstellten (Sie müssten sie inzwischen erhalten haben, zu unseren Mitgliedern in Burkina Faso kommt sie allerdings erst Mitte Januar 2017), hatten wir so viel Material, dass uns der Platz nicht reichte.

Deshalb beschlossen wir, alle Artikel, die wir in der BI nicht unterbringen konnten, nun in einem gesonderten Newsletter zu verschicken.

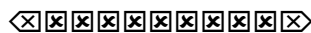
Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und erholsame Fest- und Feiertage.

Herzliche Grüße,

Ihr

Christoph Straub,

Vorsitzender der DFBG



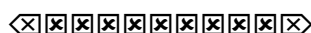
**Bitte schon vormerken:  
Mitgliederversammlung 2017  
am 11. März in Birkenau**



**Der 3. Burkina Tag in Deutschland findet am 03. Juni 2017 in Nürnberg statt**  
Programmdetails und Genaueres über den Veranstaltungsort werden kurzfristig bekannt gegeben.



Viele weitere Informationen über  
**AfroPort** ... [Afrika in Deutschland .. in Österreich ... in der Schweiz] ... das deutschsprachige Afrikaportal für Kunst, Kultur und Business  
<http://afroport.de/>



## Burkina Faso:

### **Welche städteplanerischen Lösungen bieten sich angesichts der wiederkehrenden Überflutungen in Ouagadougou?**

*Städteplaner in der ganzen Welt fragen sich, welche Infrastrukturen und Hochbaulösungen eingesetzt werden sollten, um natürlichen und technologischen Gefahren vorzubeugen. In Burkina Faso sind alle Städte in der klassischen Form der Stadtentwicklung und des Städtebaus entstanden. Daraus entstehen Gefahren. Sie werden leicht Opfer bei außergewöhnlichen Niederschlägen.*

2016 begann die Regenzeit in einem katastrophalen Ausmaß: Am 10. Juli und zwischen dem 18. und 19. Juli fielen insgesamt 97,6 mm Regen. Dies zeigt die Verwundbarkeit dieser Stadt durch plötzliche Starkregen.

#### **Zugrundeliegende Faktoren**

Überflutungen in Ouagadougou sind Ergebnis vieler Faktoren. Diese Faktoren lassen sich in zwei Gruppen einteilen: Zum einen sind es natürliche, zum anderen vom Menschen gemachte Faktoren. Die natürlichen Faktoren umfassen den globalen Klimawechsel, den geologischen Untergrund, auf den die Stadt gebaut ist, sowie das hydrographische Netz.

Der geologische Untergrund der Stadt besteht im Kern aus Migmatiten (Gestein, das aus metamorphen und magmatischen Teilen besteht) und Graniten, die durch mehrere Veränderungs- und Verjüngungsepisoden durchgegangen sind. Dies führt zu ausgelaugten eisenhaltigen tropischen Böden. Diese Böden besitzen eine undurchlässige Schicht – eisenhaltige Schale oder Kappe – auf der Oberfläche, die das Einsickern vom Wasser verhindert. Die Undurchlässigkeit zieht eine schnelle Sättigung mit sich; daher werden die Abflussmengen schnell groß. Dieses Abflusswasser kann sehr verheerende Überflutungen hervorrufen. Im Übrigen steht Ouagadougou auf Lehm-, Sand- und Lehm-Sand-Schlamm-Böden, dessen Wasserabsorbierbarkeit zwischen 4% und 35% variiert.

Ouagadougou liegt auf einer Platte in durchschnittlich 300 m Höhe über dem Meeresspiegel, die sich leicht vom Süden nach Nord-Osten mit 0,5% bis 9% neigt. Die geringsten Absenkungen von weniger als 1% umfassen 85% der Stadtfläche. Durch diese geringe Neigung kann das Wasser kaum abfließen, was wiederum ein Hochwasserrisiko für die Bevölkerung bedeutet.

Ouagadougou wurde auf sumpfigen Grund errichtet, den mehrere Talwege durchlaufen. Sie bilden eigentlich natürliche Abflusskanäle für das Regenwasser. Leider sind 88% dieser Talwege nicht so beschaffen, dass das Abflusswasser in Richtung des Hauptwassersammlers auf dem Gebiet des Bangr-wéogo-Waldes und des Flusses Massili abfließen kann. Bis 2011 waren nur 3000 ha der Gesamtfläche der Stadt – das ist weniger als ein Viertel der Stadtfläche (Anm.d.Red.: nach unseren Berechnungen weniger als ein Siebtel) – an das Entwässerungsnetz angebunden (Angaben vom Ministerium für Städtebau und Wohnen – Ministère de l’Habitat et de



l’Urbanisme, Mai 2011).

*Sintflutartiger Regen, der am 1. September 2009 fiel, mit 263 mm in weniger als 12 Stunden entsprach 37% der jährlichen Durchschnittsmenge. Mit zahlreichen Schäden in der Infrastruktur und menschlichen Opfer schrieb er sich als schlimmes Ereignis ins Gedächtnis der Bürger ein.*

Die Folge ist zum einen der Mangel an Entwässerungsstrukturen für die Überflutungen während der Regenzeit und zum zweiten die starke Erosion an Talwegufern und bei Grundstücken.

Ein weiteres Problem während der Regenzeit besteht in der Verbreitung der Wasserhyazinthe in den Stauwerken. Diese Wasserpflanze bedroht nicht nur den Fischfang, sie vermindert das Wasserrückhaltevermögen der Stauseen. Dies führt zu Wasserüberlauf und trägt zu Überflutungen der Anliegerzonen bei.

Diese Faktoren haben einen maßgeblichen Einfluss auf das Auftreten und die Zunahme des Überflutungsrisikos.

### **Welche Anpassungen der territorialen Verwaltung könnten angesichts des Hochwasserrisikos vorgenommen werden?**

Einige politische und strategische Lösungen zu Baumaßnahmen und Raumordnungspolitik für die Städteentwicklung von Ouagadougou wurden bereits erstellt:

1. Schema zur Bewirtschaftung von Grand Ouaga 1999,
2. Richtlinien zu Städtebau und Bauwirtschaft 2006,
3. nationale Politik zu Lebensräumen und Städtebau 2007,
4. Flächennutzungsplan,
5. die Verordnung Nr 2009793/PRES/PM/MHU/MATD/MEF/MID/MAHRH/MECV vom 19. November 2009, die Regelungen über die Leistung von Hauptabflusskanälen, zu Überschwemmungszonen ohne Nutzungsmöglichkeiten und zu überflutbaren Gebiete enthält.

All diesen Regelungen mangelt es an der tatsächlichen Umsetzung, die die nachhaltige Entwicklung der Stadt sichern könnte.

Die Aufgabe des Hochwasserrisikomanagement ist es, die Folgen vorherzusehen und gegen die Ursachen anzugehen. Es muss deshalb sowohl an den Möglichkeiten und Techniken der urbanen Bewirtschaftung wie auch an der kollektiven und individuellen Mentalität gearbeitet werden, damit die Maßnahmen in ihrem Zusammenhang wirken können.

### **Institutionelle und kommunikative Organisation des Hochwasserrisikomanagements**

Die Analyse der Situation weist auf ein komplexes System der Städte- und Flächennutzungsplanung hin. Dies kommt in der Vielzahl der Beteiligten, unklaren Zuständigkeiten und schlechter Verbindung der verschiedenen Maßnahmen zum Ausdruck. Die Analyse zeigt weiterhin eine ungenügende Kohärenz zwischen den verfügbaren Instrumenten und eine mangelhafte Unterrichtung der Bevölkerung darüber. Diese Mängel müssen als erstes behoben werden.

Die Abgrenzung von Überschwemmungs- und Überflutungszonen sowie nicht bebaubaren Schutzzonen im Sinne der Richtlinie zu Überschwemmungs- und Überflutungszonen muss der Bevölkerung klargemacht werden, damit sie ihre Wichtigkeit einschätzen kann.

Die oberste Verantwortung der öffentlichen Hand besteht darin, die Gefährdung der Stadt und des Eigentums der Bürger zu verringern. Deshalb müssen Stadtplanung und Bauwirtschaft Rücksicht auf die hochwassergefährdeten Gebiete nehmen. Die Verminderung der Gefährdung der Bevölkerung sollte mit der Aufwertung der Gefahrenzonen verbunden sein.

### **Errichtung von lokalen Informations- und Abstimmungszellen zur Hochwasservorbeugung**

Die genannten Zellen können als Schwerpunkte der Information, der Prävention und der Reaktion in diversen Teilen der Stadt dienen. Sie können aus verschiedenen Beteiligten wie den Stadträten, der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor, traditionellen

und religiösen Gemeinschaften, den Städteplanern usw. bestehen. Die Aufgabe dieser Zellen wäre zum einen die Abstimmung unter den Beteiligten und außerdem die Informationen über das Hochwasserrisiko. In diesem Rahmen könnte die Notwendigkeit der Prävention sowie die evtl. sinnvolle oder notwendige Änderung der Nutzung eines Grundstücks erklärt werden. Man könnte so die Bevölkerung besser beteiligen und eine solidarische Entwicklung der Stadt ermöglichen.

### **Die Anpassung der existierenden und der künftigen Gebäude**

Die Bürger der Stadt sollten in Zukunft beim Hausbau zu ihrer eigenen Sicherheit auf Nachhaltigkeit mehr Rücksicht nehmen können. Dazu müssen sie u.a. wissen, inwieweit ihr Gebäude dem Hochwasserrisiko ausgesetzt ist. Die Gefährdung der Bürger zu reduzieren bedeutet in Wirklichkeit, Mittel zum Schutz des Eigentums und des Lebens einzusetzen. Das betrifft die architektonische und bautechnische Ausstattung von Gebäuden, die sich auf die physikalische Beschaffenheit des Geländes (Hydrogeologie, Bodenart), Baumaterialien und die Tiefe des Fundaments beziehen sollte. Die Einbeziehung von Stadtplaner und qualifizierten Architekten ist also sehr wichtig, um das Hochwasserrisiko mit all seinen Folgen zu verringern.

### **Erhalt und Bewirtschaftung von Wassersammelanlagen, Abflussrinnen und Abwasserkanälen**

Um die Schattenseiten der klimatischen Unabwägbarkeiten, insbesondere die Auswirkung des Hochwassers auf Gebäude und Eigentum zu verringern, sollten die Bürger der Stadt mehr Disziplin im Umgang mit und bei der Beseitigung von Haushaltsabfällen entwickeln. In anderen Worten: Es muss verhindert werden, dass die Abflussrinnen und Kanäle zu Mülldeponien werden. Bereits jetzt sollten die Stauseen und Abflusseinrichtungen ganzheitlich gereinigt und u.a. von der Wasserhyazinthe, die im Bereich der Stauseen wuchert, befreit werden. Außerdem müssen die bei der Überflutung von 2009 geschädigten Kanäle – wie der von Wemtenga – den Herausforderungen der Zukunft gemäß saniert werden.

Gleichzeitig bietet sich die Gelegenheit, das Projekt des Abflusses in Richtung vom Bangr-wéogo-Wald fortzusetzen, wo die Verschlammung gegenwärtig den Abfluss des Wassers in den Fluss Massili verhindert. Auch der Kanal hinter der Brücke Anayelé sollte verlängert werden, um den Fluss Massili bis zu seiner Einmündung in den Fluss Nakambé zu führen.

### **Verwendung von Betonsteinen als Alternative**

Da nicht das ganze Straßennetz geteert ist, bietet eine Verlegung von Betonpflaster in manchen Stadtbezirken eine mögliche Maßnahme gegen die Überflutungen und andere Witterungseinflüsse wie Staub in der Trockenzeit. Diese längst in entwickelten Ländern verwendete Technik bietet dreifache Vorteile: Das Regenwasser kann in Richtung von Abflussanlagen abfließen, die Übersättigung des Bodens durch Wasser wird verhindert und der städtische Raum bleibt lebensfähig. Diese Technik wird bereits auf manchen Hauptstraßen der Stadt eingesetzt wie z.B. auf der gepflasterten 24. Straße entlang dem Damm Nr. 3. Die Umsetzung dieser Technik muss aber bestimmte Sicherheitsvorkehrungen respektieren, damit die Betonsteine ihre Funktion erfüllen:

1. Die Dichte des Abflussnetzes und die Durchlässigkeit des Bodens müssen zuerst bestimmt werden.
2. Der Typ und die Verlegung der Betonsteine sollte an den Grad der Durchlässigkeit des Bodens, das topographische Profil, die Natur des Wasserstroms, die Mobilität der Bürger und die Größe der Fahrzeuge angepasst werden.
3. Es sollten Abflussrinnen angelegt und das System an Hauptkanäle angebunden werden, um das Eindringen des Wassers in die Grundstücke zu verhindern.

Zugegebenermaßen erscheinen diese Lösungen auf den ersten Blick teuer. Sie sind

jedoch Teil einer langfristigen, nachhaltigen Strategie der Stadtentwicklung, von der eine Kosten-Nutzen-Analyse auf städteplanerischer Ebene gemacht werden muss. Die Maßnahmen können in den verschiedenen Stadtbezirken bei Verfügbarkeit von finanziellen Mitteln in Drei- oder Fünfjahresplänen umgesetzt werden.

### **Entscheidungshilfen zu Hochwasserrisikomanagement**

Einige Instrumente wurden bereits vom Staat und der Stadtverwaltung von Ouagadougou erarbeitet mit dem Ziel, eine harmonische Entwicklung der Stadtteile und das Wohlbefinden der Bevölkerung zu sichern. Jedoch werden keine spezifischen Instrumente verwendet, um das Hochwasserrisiko in der Stadt in Echtzeit zu beobachten. Die Bereitstellung von solchen Instrumenten hat eine große Bedeutung für alle Beteiligten, denn das Risiko in Griff zu bekommen bedeutet, konkrete Vorgänge zu definieren, die es erlauben, Hochwasserrisiken zu reduzieren, zu beherrschen, langfristig zu kontrollieren und in andere territoriale Herausforderungen zu integrieren.

Es handelt sich um:

- die Erarbeitung und Umsetzung eines Plans zum Hochwasserrisikomanagement;
- die Einrichtung eines Zentrums mit einer Monitoringfunktion, das Risikogebiete beobachtet;
- die Entwicklung eines systemischen Projekts zu geographischen Informationen über die Hochwasserrisikozonen.

Die oben ausgeführten Gedanken verstehen sich nicht als „Wunderhandlung“, die Ouagadougou vom Hochwasserrisiko befreit. Ein „Null-Risiko“ ist einfach nicht erreichbar. Sie sollen nur eine Begleit- und Orientierungshilfe für alle Beteiligten in der Stadt bieten, um mit dem Hochwasserrisiko umgehen und zur nachhaltigen Entwicklung der Stadt beitragen zu können.

*Georges Compaoré und Assonsi Soma in Lefaso.net vom 05.08.16 / Übersetzung: Roman Bartel / Zusammenfassung: Christoph Straub*

Georges Compaoré ([gcompaore2005@yahoo.fr](mailto:gcompaore2005@yahoo.fr)) ist ordentlicher Professor für Geographie, Assonsi Soma ([somaas78@yahoo.fr](mailto:somaas78@yahoo.fr)) promovierter Geograf und Berater für Regionalplanung und lokale Entwicklung.



### **NRO: Modell der interreligiösen Toleranz in Burkina Faso in Gefahr**

*In einem im September 2016 veröffentlichten Bericht ruft die International Crisis Group (ICG) dazu auf, das Modell der religiösen Toleranz in Burkina Faso zu bewahren – neun Monate nach den Attentaten von Ouagadougou mit 30 Toten.*

Das bislang solide Modell zeige Auflösungserscheinungen, warnt die NRO. Dieser Bericht wird in einem Land zum Gesprächsthema, in dem die Frage der Religion nicht Teil der öffentlichen Debatte ist. Tatsächlich bringt die ICG mit Ihrem Bericht „Burkina Faso: Das religiöse Gleichgewicht bewahren“ einen Stein ins Rollen. Das 41 Seiten umfassende Dokument ist eine Zusammenfassung von Gesprächen, die zwischen Januar und April 2016 mit Persönlichkeiten aus Politik, Religion ebenso wie Universitäten und Presse geführt wurden, und zieht die Bilanz eines religiösen Pluralismus in Burkina inmitten des wirbelartig um sich greifenden Radikalismus in Westafrika.

Dieser Bericht läutet die Alarmglocke, denn nach der ICG ist das Modell der religiösen Koexistenz in Burkina – trotz seiner Solidität – bedroht und sieht sich immer mehr den Einflüssen eines aus den Golfstaaten importierten rigorosen Islams ausgesetzt.



### **Ein Modell einer soliden friedlichen Koexistenz**

2013 sind in das Land – nach den Unterlagen des Innenministeriums – zum Beispiel 425 fremde Prediger gekommen, von denen einige bekannt für ihre radikalisierenden Reden sind.

Man muss sagen, dass das Ansteigen des religiösen Radikalismus in der Sahelzone – seit der Besetzung 2012 des Nordens von Mali durch islamistische Gruppen und seit dem Auftauchen der islamistischen Sekte Boko Haram in Nigeria – eine echte Herausforderung darstellt. „Wenn derzeit auch das burkinische Modell der friedlichen Koexistenz stabil bleibt, zeigt es doch am Rande Auflösungserscheinungen. Es tauchen Spannungen auf zwischen Staat und Religion – neutral zu bleiben in einem multikonfessionellen Kontext ist schwierig – und es gibt Spannungen zwischen den verschiedenen religiösen Gemeinschaften in ihrem inneren Kern“, unterstreicht das Dokument, das Jeune Afrique einsehen konnte. Und die ICG warnt: „In dem Augenblick, wo das Land sich von einer Periode der Instabilität, bedingt durch den Sturz des Präsidenten Blaise Compaoré im Oktober 2014, erholt, könnte die Regierung versucht sein, angesichts der Notwendigkeit, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten und angesichts der großen sozialen Herausforderung diese Spannungen einfach zu ignorieren. Das Land habe bisher keine zivilen oder religiösen Konflikte gekannt, so stellt der Text fest, denn Muslime, Christen und Animisten lebten zusammen bis hinein in die Familien.

„Aber die Attentate vom Januar 2016 waren ein Schock, für die Bevölkerung wie für die regierende Klasse, und in der Folge gab es einzelne Fälle von Aggressionen gegen Muslime, die eine gewisse Stigmatisierung und eine bis dato unbekannte Unruhe zu Tage brachten“, warnt die ICG.

„Wir hoffen, die Regierung auf die Risiken aufmerksam machen zu können, die dieses Koexistenzmodell in sich birgt, damit sie Maßnahmen zum Abbau von Frustrationen ergreift, um seinen Bestand zu garantieren“, kommentiert Cynthia Ohayon, die Hauptverantwortliche der ICG.

### **Maßnahmen gegen die Frustrationen**

Nach der letzten Volkszählung sind etwa 60 % der 17,5 Millionen Einwohner von Burkina Faso Muslime, 25 % Christen und 15 % Animisten (die traditionellen Religionen). Diese Zahlen sind allerdings umstritten und müssen in einem Land, in dem der Vorname nichts über die religiöse Identität aussagt, mit Vorsicht betrachtet werden.

„Seit mehreren Jahren beklagen die Verantwortlichen der Muslime die geringe Anzahl von Muslimen in der Verwaltung und stellen fest, dass der Staat Christentum und Islam nicht gleich behandelt“, unterstreicht der Bericht.

Der Text zeigt Unzufriedenheit bei den Muslimen auf, die durch das Auseinanderklaffen zwischen ihrem demographischen Gewicht und ihrer schwachen Präsenz in der regierenden Klasse bedingt ist. Hinzu kommt das Gefühl, der Staat habe sie aufgegeben. Wenn der Bericht auch dieses positive Beispiel von religiösem

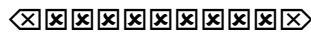
Pluralismus und Toleranz in einem regionalen Kontext, der durch das Ansteigen des radikalen Islams gekennzeichnet ist, begrüßt, so schlägt er doch vor, einige Spannungen abzubauen, damit der Staat weiterhin ein vertrauenswürdiger Gesprächspartner für die religiösen Gemeinschaften bleiben kann.

ICG empfiehlt, die Präsenz von Muslimen in den höheren Ämtern des Staates zu vergrößern, ohne jedoch in Sektierertum zu verfallen. Dies könne durch die Verstärkung des franko-arabischen Unterrichts, die Vereinheitlichung der Lehrpläne und die Gleichstellung der Abschlüsse der entsprechenden Schulen erreicht werden. Damit wäre auch die professionelle Eingliederung der Schulabgänger dieser Schulen leichter möglich.

Außerdem betont die NRO die dringende Notwendigkeit, sich der Gefahren bewusst zu werden, die mit der Armut und den begrenzten Perspektiven von Tausenden von Jugendlichen verbunden sind. Sie ruft dazu auf, der arabischen Sprache ihren Platz im weiterführenden und universitären Unterricht wieder zu geben, indem zum Beispiel Sprachkurse angeboten werden und an der Universität von Ouagadougou ein Fachbereich 'Arabische Sprache' eingerichtet wird.

*Nadoun Coulibaly in Jeune Afrique vom 06.09.16*

Übersetzung: Annemarie Kordecki



## **Die „Ethnodemokratie“ in Burkina Faso und Afrika**

*Multiethnizität, Mehrsprachigkeit und kulturelle Vielfalt, üblicherweise als Burkina Fasos Trümpfe betrachtet, werden zum Problem, wenn sich die Politik einmischt.*

*Wenn die Demokratie in ihrem Kern Wille des Volks, seine Macht und Vision bedeutet, so sollte die Wahl der Kandidaten unabhängig und frei sein. Wie ist also der plötzliche Anstieg von Gewalt nach den Kommunalwahlen, wie wir es noch nie erlebt haben, zu verstehen? Warum werden zahlreiche Bürgermeister, die in regulären Wahlen gewählt worden sind, von der Bevölkerung in Frage gestellt?*

Wir sehen tiefliegende Gründe und im vorliegenden Artikel werden wir uns mit ihnen befassen. Dabei ist es hier nicht unsere Absicht, jemanden anzuschwärzen, sondern



einen Beitrag zur allgemeinen Diskussion über die politische, gesellschaftliche und kulturelle Zukunft Burkina Fasos zu leisten.

In Widerspruch zum Appell von Zéphirin Diabré (Anm.d.Red.: zweiter Kandidat bei den

Präsidentenwahlen) als Reaktion auf die Unruhen, die Wahlergebnisse unter allen Umständen zu respektieren, erheben sich weiterhin mehrere Stimmen, die die gesamte politische Vertretung in Frage stellen. Vielleicht missachtet Diabré diese demokratischen Forderungen oder zeigt gar eine Unkenntnis der Situation. Sicher ist, dass die Basis und die politische Spitze längst keine gemeinsame Sprache mehr finden. Vor diesem Hintergrund sollten die aktuellen soziopolitischen Strukturen der burkinischen Gesellschaft hinterfragt werden. Ist unsere aktuelle Auffassung der Gesellschaft mit der Ausführung der demokratischen Regeln vereinbar?

Wir stellen hier die Hypothese auf, dass die Burkinabè die Position der Fremdenhasser in der Schule der Demokratie eingenommen haben. Uns ist die Reichweite dieser Hypothese bewusst; wir meinen, inzwischen an einem Punkt angekommen zu sein, dass wir uns nun den Spiegel vorhalten und uns selbst fragen müssen, wer wir eigentlich geworden sind.

An erster Stelle möchten wir auf einige aktuelle Fakten aus unserem politischen Alltagsleben hinweisen, die sonst niemanden mehr rühren. Die Abgeordneten der Nationalversammlung sind zu 99% Einwohner von Ouagadougou. Sie werben sich mit Berufung auf ihre ethnische Herkunft um Mandate im ländlichen Bereich, die sie auch als ihr eigenes „Lehen“ betrachten. Ihre Kandidatur begründen sie damit, dass sie aus den Dörfern oder Regionen stammen und nennen sich „Söhne des Ortes“ („fils de la localité“).

Zum zweiten sind Abgeordnete, Gemeinderäte und dem entsprechend Bürgermeister überall „Söhne ihrer Region oder ihres Dorfes“. Unabhängig davon, ob sie tatsächlich im Ort wohnen, wird vorausgesetzt, dass sie von dort und nicht von woanders her stammen müssen. Gegen diese gefährliche Praxis regt sich keine politische Stimme im Lande.

Die vielen regionalen Entwicklungsorganisationen sind in Wirklichkeit Einrichtungen für die Interessen der in der Hauptstadt ansässigen Politiker. Diese politischen Bataillone – sie erhalten sich aus der Veruntreuung von „regionalorientierten“ Projekten – sind in den Händen von mächtigen Funktionären, die in den Dörfern ihre Leute haben. Einen Tag nach den Wahlen lässt sich ein Rennen beobachten vergleichbar mit dem Spiel „Reise nach Jerusalem“. Es geht dabei um die Unterbringung von möglichst vielen Anhängern auf Posten – ein normaler Staatsbetrieb wird dadurch verhindert. Gleichzeitig verlassen die bisherigen Angestellten, die keine Protektoren mehr haben, unbemerkt den Schauplatz. Auf diese Art und Weise werden die Ämter nicht nur politisiert, sondern auch ethnisiert und regional bestimmt.

An dritter Stelle beobachten wir, wie der „Regionalismus“ an Bedeutung gewinnt und gleichzeitig bagatellisiert wird. Es wundert keinen, dass dieser oder jener Kandidat nominiert wird, weil er aus der Region kommt und gleichzeitig zum „Anhang“ eines der MPP-Bosse (Mouvement du peuple pour le progrès) gehört. Der Krebs des Regionalismus befällt selbst die Region, die bis jetzt davon befreit war: les Hauts-Bassins und vor allem Bobo. Hier stützte sich die lange demokratische Tradition nicht auf Ethnien. In Zeiten der damaligen RDA (Rassemblement Démocratique Africain), die mit der heutigen nichts zu tun hat, wurde die Stadt durch viele von außen stammende Vertreter repräsentiert. Vom ersten gewählten Vinaman Djibril Thiémounou aus Boboro bis zum aktuellen Bürgermeister Bourahima Sanou hatte die Stadt Bürgermeister und Räte, die aus ganz Burkina Faso stammten: Mossi, Lobi, Samo...

Da sich der Regionalismus mit seiner Beimischung von ethnischer Bestimmung im ganzen Land ausgebreitet hat, lehnen nun auch die Bobos nicht-einheimische Kandidaten ab. Diese Entwicklung wird kaum von politischen Stimmen kritisiert, seien sie aus der Opposition oder aus der Regierung. Alle verdammen die Gewalt, aber keiner fragt nach ihren Ursachen.

Viertens richten sich 99% der Proteste gegen die Tatsache, dass der Kandidat der Partei nicht aus der Bevölkerung, dem Ort kommt. Streitereien in der Partei können nicht die tiefgehenden Ursachen kaschieren, die die Demonstranten laut herausschreien: „Wir wollen bei uns keinen fremden Bürgermeister!“. Diese Aussage zeigt, dass die Parteien und die Wählerbasis entweder nicht dieselben Kandidatenlisten haben oder gar unterschiedliches Verständnis von Demokratie besitzen.

Vor dem oben geschilderten Kontext schlagen wir unseren Begriff der afrikanisch-



burkinischen Demokratie vor, die „Ethnodemokratie“. **Im Gegensatz zu der auf freien Wahlen basierten Demokratie wird die Ethnodemokratie durch eine starke Einmischung von ethnischen und regionalen Elementen in das öffentliche Leben geprägt. Dies bezieht sich sowohl auf die Auswahl der Kandidaten als auch auf die Präferenz der Wähler.**

Die Zugehörigkeit zu einer Partei wird also durch die regionale und ethnische Herkunft bestimmt. Kandidaten werden nicht aufgrund ihrer Programme gewählt, die sie meistens auch nicht haben oder nur während Parteitreffen verteilen. Die Journalisten bekommen sie auf jeden Fall so gut wie nie, nur Wenige wenn überhaupt lesen sie, der Rest verwendet das Papier als Fächer.

Zwei Übel lähmen das burkinische und afrikanische öffentliche Leben: Es sind zum einen die Unbesorgtheit und Ignoranz der politischen Klasse und zum anderen die Verkennung des Volkes und seines Frusts.

Die Führungsklasse hält in ihrer Unbesorgtheit das gemeinsame Leben in einem Land wie Burkina Faso für etwas einmal für immer gewonnenes. Wir wollen daran erinnern, dass Burkina Faso eine ehemalige Kolonie war, die man erst ausbeutete, dann wegwischte, um sie anschließend wider den Willen mancher Staatsangehörigen wieder zu errichten. Die offizielle Geschichte erwähnt nur diejenigen, die sich an der Rekonstruktion beteiligt haben, stürzt aber die Gegner in die Vergessenheit. Man sollte den Einfluss der Mouvement Autonomiste de l'Ouest (MAO) nicht vergessen, die das Land erschüttert hat und deren Erben immer noch da sind. Das sind unsere „Familiengeheimnisse“ und ein unrühmlicher Teil unserer Geschichte.

Weit weg von uns verlässt Großbritannien die Europäische Union. In unserer Nähe jedoch spielen sich genug secessionistische Tendenzen ab: Der Südsudan hat sich vom Sudan abgespalten, Eritrea von Äthiopien, es gibt die Casamanca-Krise im Senegal und die Rebellion der Tuaregs im Norden Malis. Sind das nicht ethnische Bewegungen im demokratischen Rahmen? Diejenigen, die sich heute mit der Ethnie und der Region legitimieren, müssen erkennen, dass der Frust seine Grenzen hat und der Ärger nicht ewig hinuntergeschluckt werden kann.

Nach den Gründungsvätern mit ihrem Einparteiensystem lernten wir den Sozialismus mit seinen Erben kennen, danach seit den neunziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts die demokratische Öffnung. Und heute importieren wir aus der Verkennung der eigentlichen Natur unserer Bevölkerung Secondhandkleidung oder Gebrauchtwagen der Marke „Au revoir, France“. Die immer gleichen Führungseliten konvertierten erfolgreich von einer Ideologie zur anderen. Was für eine Errungenschaft, Afrikaner und Burkinabè! Es scheint, dass bei uns in Afrika jeder politischen Mode gefolgt wird. Wenn uns jemand eine neue Ideologie vorschlägt, sind die Fetischisten der Demokratie die ersten, die folgen, um ihre Interessen zu sichern.

Und wo ist das Volk? Oder „die Herde“, wie es von den Führungskräften genannt wird, während sie ihren Wahlerfolg mit importiertem Champagner feiern. Wenn „die Herde“ sich nur auf das eigene Dorf besinnt und Abgeordnete zur Nationalversammlung nur gewählt werden, weil sie „Söhne der Region“ sind, wer bleibt da noch, um die ethnodemokratischen Trends anzuprangern?

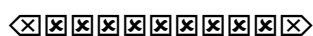
Wir wollen kein Salz in die Wunde streuen, aber wir müssen hier noch diejenigen Juristen erwähnen, die der führenden Klasse entstammen und die sowohl an der Unkenntnis über den Willen des Volkes als auch an dem Komplex selbstgenügender Intelligenz leiden. Ihre Aufregung ist uns während der Transition aufgefallen und in der Kommission zur Erarbeitung der neuen Verfassung tauchen sie wieder auf. Diejenigen, die sie gewählt haben, haben entweder selbst keine Sachkenntnis oder lassen sich von diesen Pseudointellektuellen einschüchtern. Auf jeden Fall haben sie uns seit dem Front populaire bis zur Transition nur Probleme eingehandelt.

**An dieser Stelle können wir nicht genug wiederholen: Mitglieder der**

**verfassungsgebenden Versammlung sind per Definition keine Redakteure, die eine Verfassung schreiben, genauso wie Geburtshelfer keine Väter sind, sondern Begleiter von Paaren bei ihrem Babyprojekt.** Wie sie sich bereits aufbrausen, Diskussionen dominieren und uns Sachen erklären, die sie selbst nicht verstehen.

Fassen wir zusammen: Die politischen Führungskräfte schämen sich, ihre regionalistischen und ethnischen Einstellung preis zu geben, während die dahinterstehenden Mitstreiter dieses Prinzip in voller Öffentlichkeit und in Straffreiheit predigen. Um in die Nationalversammlung oder als Bürgermeister gewählt zu werden, muss man „Sohn der Region“ sein. Während der vergangenen Präsidentschaftskampagne genierte sich Alassé nicht, dem Obigen auch noch das Kriterium der Religion hinzuzufügen (am besten mooaga, muslimisch und aus der Region Plateau-Central solle der Kandidat sein). Dies gibt einen Eindruck, wie alles um noch eine weitere Stufe eskalieren kann. Kann man es anders als Xenophobie nennen?

*Abou Bamba Doukare in Lefaso.net vom 30. 06.16 / Übersetzung: Roman Bartel / Zusammenfassung: Christoph Straub*



### **Sankara: eine Vergangenheit, die nicht vergeht**

*Die Geschichte eines unaufgeklärten Mordes beschäftigt Burkina Faso seit fast dreißig Jahren und Blaise Compaoré könnte dafür eines Tages zur Rechenschaft gezogen werden. Aber wie groß ist die Gefahr für ihn wirklich? Eine Untersuchung.*



Das Gespenst „Thomas Sankara“ war sicher noch nie so präsent im Geiste von Blaise Compaoré wie jetzt. Nachdem er in den siebenundzwanzig Jahren seiner Herrschaft die Nachforschungen über den Mord an seinem „Bruder“ so erfolgreich hintertrieben hat, ist der am 31. Oktober 2014 von den Aufständen in den Straßen Ouagadougous abgesetzte Ex-Präsident inzwischen mit seiner Vergangenheit allein. Trotz seiner Flucht in die Elfenbeinküste ist der inzwischen 65-jährige ins Fadenkreuz der Justiz geraten, die er nicht mehr kontrolliert und die ihn zur Rechenschaft ziehen will.

Compaoré hat zwar stets geleugnet, irgendetwas mit der Kommando-Operation zu tun gehabt zu haben, die den Revolutionsführer am 15. Oktober 1987 das Leben kostete, aber er war immer der Verdächtige Nummer eins in dieser Affäre, die Burkina Faso seit drei Jahrzehnten in Atem hält. Die Militärjustiz von Burkina Faso hat einen internationalen Haftbefehl gegen ihn erlassen; derzeit befindet er sich unter dem Schutz seines langjährigen Freundes Alassane Ouattara.

Allerdings, wie lange noch? Bei allen Unterschieden hat doch die kürzliche Verurteilung zu lebenslanger Haft von Hissène Habré, dem Ex-Präsidenten des Tschad, wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit gezeigt, dass frühere Staatschefs des afrikanischen Kontinents trotz ihrer vergangenen Machtfülle und auch noch nach langer Zeit abgeurteilt und bestraft werden können.

### **Was wirft man Compaoré vor?**

Die Tat ereignete sich am 15. Oktober 1987. Thomas Sankara befindet sich nachmittags mit seiner persönlichen Garde in einer Konferenz im „Conseil de l'Entente“, dem Epizentrum der Sankara-Regierung in Ouagadougou. Gegen 16 Uhr 30 stürmen bewaffnete Männer das Gebäude. Sie erschießen „Thom Sank“ und zwölf seiner Mitarbeiter aus nächster Nähe, anschließend vergraben sie die Leichen im geheimen, nachts, am Rande der Hauptstadt.

Sechs der Attentäter waren Militärs des Nationalen Zentrums für Kommando-Ausbildung (CNEC) aus der Stadt Pô und standen unter dem Befehl von Gilbert Diendéré, einem treuen Anhänger von Blaise Compaoré. Diendéré äußerte sich nur einmal zu dem Vorfall und behauptete, Sankara sollte nur verhaftet und nicht getötet werden. Nach seinen Aussagen sei die Operation aus dem Ruder gelaufen und Compaoré sei zu diesem Zeitpunkt krank zuhause gewesen.

Hat er seinen Untergebenen befohlen, Sankara zu töten? Er hat es stets verneint und sogar behauptet er sei „in Wut geraten gegen die Verantwortlichen für dieses Massaker“. Hat er, wie einige meinen, die Kontrolle über die Lage verloren? Das Geheimnis ist bis heute ungelüftet und François Yaméogo, der zuständige Untersuchungsrichter des Militärgerichts in Ouagadougou, will auf jeden Fall die Version des Ex-Präsidenten hören, der offiziell des Mordes und der Leichenfledderei angeklagt ist.

Am 4. Dezember 2015 hat die Justiz einen internationalen Haftbefehl gegen Compaoré ausgestellt. Nach dem üblichen Verfahren wurde dieser Haftbefehl an Interpol und über diplomatische Kanäle an die Behörden in der Elfenbeinküste übermittelt.



### **Kann Compaoré ausgeliefert werden?**

Außer bei einer vollständigen Umwälzung der Lage deutet nichts darauf hin, dass Blaise Compaoré seine komfortable Villa im Cocody-Botschaftsviertel von Abidjan verlassen wird.

Zunächst, weil der Präsident der Elfenbeinküste ein alter Wegbegleiter von Compaoré ist, dem er viel verdankt. Er hat ihn bereits einen Tag nach seinem Sturz aufgenommen und hat offenkundig nicht die Absicht, ihn fallen zu lassen. Dies alles macht eine Auslieferung sehr unwahrscheinlich, um so mehr als Interpol internationale Haftbefehle, die von Sondergerichten – wie etwa Militärgerichten – erlassen wurden, üblicherweise nicht durchsetzt. Außerdem kann sich die Elfenbeinküste darauf berufen, dass Blaise Compaoré, der inzwischen Ivorer ist, die Todesstrafe droht, selbst wenn diese seit Jahren nicht mehr in Burkina Faso vollstreckt wurde.

Wenn die Ivorer ihn nicht ausliefern wollen, entgegnet einige Verantwortliche in

Burkina Faso, so müssten sie Compaoré in ihrem Land anklagen, denn ein am 30. Juli 2014 abgeschlossenes Justizhilfeabkommen sieht dies vor. Aber kann man sich das vorstellen? „Es ist nur eine Frage des politischen Willens“ erklärt Prosper Farma, einer der Rechtsanwälte der Sankara-Familie. „Im Februar haben die Behörden der Elfenbeinküste sehr wohl den Hauptfeldwebel Moussa Nébié ausgeliefert“ [er war einer der Anführer des misslungenen Putsches gegen die Übergangsregierung im September 2015].

In Ouagadougou beginnt sich ein weiteres Vorgehen abzuzeichnen: ein Prozess in Abwesenheit. „Die Menschen wollen Wahrheit und Gerechtigkeit. Ein Prozess, mit oder ohne Blaise Compaoré, ist ein Prozess“ bestätigt eine mit der Affäre befasste Quelle. Diese Lösung würde insbesondere ein schnelles Verfahren ermöglichen, wie es sich der Präsident Roch Marc Christian Kaboré wünscht.

Major Alioune Zanré, Regierungskommissar beim Militärgericht und damit dem Staatsanwalt gleichgestellt, teilte Anfang Juni der Presse mit, dass die Prozesse in dieser Sache und wegen des misslungenen Staatsstreichs im September 2015 „noch vor Ende 2016 beginnen werden“.

### **Was halten Kaboré und Ouattara davon?**

Obwohl die Präsidenten von Burkina Faso und der Elfenbeinküste seit vielen Jahren freundschaftliche Beziehungen pflegen, stellt das „goldene Exil“ von Blaise Compaoré am Ufer der Ébrié-Lagune einen Knackpunkt zwischen Ouagadougou und Abidjan dar. Kaboré ist für seine Kompromissbereitschaft bekannt und setzt auf Beruhigung. Allerdings steht er unter dem Druck der öffentlichen Meinung sowie der Sankara-Familie, die sich weiterhin für eine Bestrafung der Verantwortlichen einsetzt. „Wir wollen wissen, was passiert ist“ fordert Mariam Sankara, die Witwe von Thomas Sankara. „Blaise Compaoré hat von diesem Mord profitiert und muss dafür verurteilt werden.“

Aus dem Umfeld des Präsidenten von Burkina Faso und im Gegensatz zu Gerüchten beiderseits der Grenze hört man, dass kein „Deal“ mit Abidjan vereinbart wurde. Kaboré will nicht über das Schicksal seines Vorgängers verhandeln. Ein Mitarbeiter des Staatsschefs sagte: „Es gibt keine Diskussion: Compaoré wird nicht straffrei ausgehen. Wenn er nach Burkina Faso zurückkommt, muss er sich für seine Taten verantworten.“

Die Ankündigung der burkinischen Justiz, dass sie den internationalen Haftbefehl gegen Guillaume Soro, den Präsidenten der Nationalversammlung der Elfenbeinküste, der verdächtigt wird, den misslungenen Putsch unterstützt zu haben, zurückzieht, lehrt allerdings etwas anderes: Auf dieser hohen Ebene können juristische Verfahren eingeleitet oder abgesagt werden, je nach politischer oder diplomatischer Interessenlage ...

Trotz der in Ouagadougou zur Schau getragenen Strenge wissen die Verantwortlichen sehr wohl, dass Alassane Ouattara seinen Freund Blaise niemals ausliefern wird. Die beiden Männer treffen sich regelmäßig in Abidjan und der burkinische Ex-Präsident ist oft genug zum Ausspannen in die Residenz des ivoirischen Staatsschefs in Assinie eingeladen, einem angesagten Badeort in der Nähe der Hauptstadt. Und wenn Ouattara im Jahr 2020 sein Amt verlässt? Dann wird alles von seinem Nachfolger abhängen. „Eines Tages wird Ouattara gehen. Und dann wird sich Blaise Compaoré seiner Vergangenheit stellen müssen“ verlautbarte ein leitender Regierungsbeamter in Ouagadougou.

### **Wie weit ist die juristische Untersuchung?**

Seit Wiederaufnahme des Verfahrens im März 2015 hat Richter Yaméogo mehr als 50 Personen vernommen. Zwölf Personen wurden angeklagt, darunter mehrere Militärs, denen vorgeworfen wird, an dem Einsatz am 15. Oktober 2015 beteiligt gewesen zu sein.

Sie sitzen derzeit in Haft in der „Maca“, dem Gefängnis der Streitkräfte, ebenso wie

General Gilbert Diendéré, dem Mord und Leichenfledderei vorgeworfen werden. Im Gegensatz dazu hat sich Hyacinthe Kafando, der frühere Chef der persönlichen Garde von Blaise Compaoré und Anführer der Gruppe, die Sankara ermordet hat, auf keine der Aufforderungen des Untersuchungsrichters gemeldet. Er soll aus dem Land geflohen sein und wird mit internationalem Haftbefehl gesucht.

Schließlich und endlich haben die Sankara-Familie und ihre Rechtsanwälte nach dem misslungenen Versuch, DNA-Spuren zu analysieren, die im Mai 2015 dem vermutlichen Grab des einstigen Revolutionsführers entnommen wurden, beim Militärgericht ein Gegengutachten beantragt. Diese neue DNA-Analyse soll in den nächsten Wochen von einem Labor in der Schweiz oder in Spanien vorgenommen werden.

### **Hat Compaoré Angst?**

Menschen, die Compaoré in den letzten Monaten gesehen haben, meinen, der Mann sei zuversichtlich. Er war darauf gefasst, dass ein solches Verfahren nach seinem Machtverlust eingeleitet würde und neben seinem Schutz durch die ivorischen Freunde hat er noch einige Karten in der Hand. „Er weiß sehr wohl, dass einige aktuelle Führungspersönlichkeiten in Burkina Faso, wie etwa Salif Diallo [der Präsident der Nationalversammlung], sein einstiger sehr enger Mitarbeiter, kein Interesse daran haben, die Affären der Vergangenheit aufzurühren“, sagt ein guter Kenner der Politik in Burkina Faso.

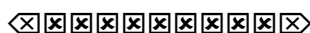
Und Compaoré weiß auch, dass er dem General Diendéré vertrauen kann. Nach Aussagen aller, die mit ihm zu tun hatten, ist er ein prinzipientreuer Mann, der seinem Ex-Präsidenten stets die absolute Treue gehalten hat und auf Fragen nach der Beteiligung seines früheren Chefs an dem Attentat wohl absolutes Stillschweigen bewahren wird.

„Blaise Compaoré verfolgt eine Strategie der Verweigerung“ fasst ein Beteiligter an dem Verfahren zusammen. „Er tut so, als ob es dieses juristische Verfahren gar nicht gäbe und verlässt sich auf seine zahlreichen politischen Unterstützer, um davon zu kommen“. Seine Gegner schwören dagegen, dass er eines Tages gerichtet werden wird.

#### **Was man von Richter Yaméogo weiß ...**

Er ist früherer Offizier der Kriminalpolizei und gilt als diskret und verschwiegen. Seit 2006 ist er Untersuchungsrichter am Militärgericht von Ouagadougou. Er war einige Male als Berater für die UN-Mission MONUSCO in der demokratischen Republik Kongo tätig, ebenso wie für die UN-Mission MINUSMA in Mali. Er ist jetzt zuständig für die Untersuchung des Mordes an Sankara, seit diese im März 2015 von der Übergangsregierung wieder aufgenommen wurde. Er ist bis auf den heutigen Tag der einzige Untersuchungsrichter am Militärgericht, der von Roch Marc Christian Kaboré nicht entlassen wurde.

*Benjamin Roger in NetAfrique vom 29.06.16 / Übersetzung: T.V. Berger*



### **Sozio-ökonomische Entwicklung Burkina Fasos: Optimierung des Triptychons „Energie, Bergwerke und Steinbrüche“**

*Energie und Bergwerke sind heute einhellig als strategisch wichtige Sektoren anerkannt. Sie leisten einen substantiellen Beitrag zur nationalen Wirtschaft. So haben zum Beispiel 2015 diese beiden Bereiche 15,88 % des Staatshaushaltes ausgemacht. Allein die Bergwerke tragen jedes Jahr mehr als 155 Mrd. FCFA (236*

Mio. €) zum Staatshaushalt bei. Deshalb plant die Regierung, die Einnahmen aus den Minen vermehrt im sozialen Bereich zu verwenden.

Neue Ideen sorgen dafür, dass die Gewinne aus Energie, Bergwerken und Steinbrüchen der gesamten Bevölkerung zu gute kommen.

### **Energie für alle als vorrangiges Ziel**

Burkina Faso kennt oft Perioden, in denen großer Bedarf an Elektrizität besteht. Nach offiziellen Angaben kann die Nachfrage dann bis auf 270 MW ansteigen. Allerdings beläuft sich die durchschnittliche Leistung aller Stromquellen nur auf 160 MW, so dass zusätzlich 110 MW benötigt werden. Die Periode mit dem höchsten Strombedarf ist nach den Statistiken von SONABEL die heiße Jahreszeit – also die Zeit von Mitte Februar bis Juni/Juli – sowie tagsüber zwischen 13 h und 14 h und nachts von 20 h bis 1 h früh.

Der Mangel an Strom lässt nicht nur die Bevölkerung oft im Dunkeln stehen, er belastet auch die nationale Wirtschaft schwer. Zum Abbau der Unterversorgung und damit zur Vermeidung der Stromausfälle hat die Regierung einen energetischen Mix beschlossen. Es sollen, um die Überlastung des Netzes von SONABEL zu vermeiden, folgende Maßnahmen eingeleitet werden:

- die Diversifikation der Energiequellen unter Hinzunahme von Solarenergie und Biomasse,
- eine bessere gemeinschaftliche Nutzung und der Ausbau des Energieaustausches mit den Nachbarländern,
- effektiver und bewusster Stromverbrauch nicht nur in den öffentlichen Einrichtungen, sondern auch in den Privathaushalten, in den Kultur- und Vergnügungsstätten, ... .



So wurde das Energieministerium angewiesen, eine Reihe von Projekten zu initiieren. Die Konzepte und ihre Umsetzung sind inzwischen mehr oder weniger vorangekommen. Als Beispiel kann man hierfür den Bau von Minisolarkraftwerken in ländlichen Gebieten heranziehen, wodurch die Stromversorgung in einigen abgeschiedenen Gegenden

gewährleistet werden soll.

Das Ministerium, das eine Stromversorgung für alle erreichen will, hat im Ministerrat vom 18.05.16 in der Form einer Partnerschaft zwischen privaten und öffentlichen Anbietern den Beschluss über den Bau von fünf Solarkraftwerken mit einer Leistung von insgesamt 80 MW in Ouagadougou, Dori, Fada N'Gourma, Bobo-Dioulasso und Dédougou herbeigeführt. Dazu kommen das Solarkraftwerk in Zagtouli mit einer Leistung von 33 MW (beschlossen am 16.06.16) und das Solarkraftwerk in Kona in der Region Boucle du Mouhoun mit einer Leistung von 20 MW (beschlossen am 01.08.16).

Die beiden letzteren Kraftwerke, die 2017 in Betrieb genommen werden sollen, sollen vor allem den Stromausfall zu den Spitzenzeiten auffangen.

Es ist also Bewegung in die Energieversorgung der Bevölkerung auf dem gesamten Gebiet von Burkina Faso gekommen.

### **Die neuen Herausforderungen bei den Bergwerken und den Steinbrüchen**

Oberstes Ziel des Ministeriums für Bergbau und Steinbrüche ist die Förderung des Bergbaus. Demnächst sollen die Ausführungsbestimmungen des Bergwerkgesetzes, das am 26.06.16 durch den nationalen Übergangsrat (CNT, Conseil National de Transition) beschlossen wurde, in Kraft gesetzt werden, um dessen dauerhafte

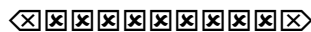
Wirkung zu sichern. Ein wichtiger Bestandteil dieses Gesetzes sind neue Steuern, die in Zukunft von den Bergbaubetrieben zu zahlen sind. Für den Umweltschutz und die wirtschaftliche Entwicklung sollen drei spezielle Fonds geschaffen werden. Ein Fonds dient zur Renaturierung der Bergwerke. Damit sind die Bergwerksbetreiber nunmehr dazu verpflichtet, in die Kompensation der Umweltschäden zu investieren. Ein weiterer Fonds soll die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fördern. Diese Fonds dienen dazu, die kommunalen und regionalen Entwicklungspläne zu finanzieren und dauerhafte sozio-ökonomische Infrastrukturen wie Schulen, Gesundheitszentren, Straßen etc. zu schaffen.

Eine weitere Neuerung des Bergwerksgesetzes ist, dass Umweltschutz und Sicherheit der Bevölkerung Vorrang haben. Deshalb wurde ein dritter Fonds geschaffen, der die bestehenden handwerklichen Goldschürferanlagen sichern und die Anwendung von verbotenen chemischen Produkten verhindern soll.

Dadurch soll der Goldabbau neu organisiert werden. Das ist nötig, weil jedes Jahr durchschnittlich 10 bis 12 Tonnen Gold das Land auf betrügerische Weise verlassen, was zu beträchtlichen Einnahmeausfällen im Staatshaushalt führt. Deshalb wurde eine nationale Agentur (Agence nationale d'encadrement des exploitations minières artisanales et semi-mécanisées (ANEEMAS)) gegründet, die sich um den manuellen und halb mechanisierten Bergbau kümmert und den Sektor Goldabbau regulieren soll. Dazu gehören die Sicherheit in handwerklichen Goldgruben, die Abschaffung von Kinderarbeit, die Bekämpfung des betrügerischen und die Förderung des geregelten Goldhandels.

In den letzten Jahren hat Burkina Faso seinen Ruf als Bergbauland bestätigt. Das Bergbauverzeichnis, eine staatlichen Einrichtung, die den Bergwerkbesitz verwaltet, wurde modernisiert. Das Land hat derzeit dreizehn aktive Bergwerke. Elf davon sind Goldbergwerke, eines ein Zinkbergwerk und eines ein Manganbergwerk. Fünf neue Minen sind im Bau. Dies alles zeigt, dass der Bergbau in unserem Land zunehmend Potenzial hat. Und das sind gute Aussichten für die Zukunft von Burkina Faso.

*Ministerium für Energie, Bergbau und Steinbrüche in Lefaso.net vom 17.08.16*  
*Übersetzung: Annemarie Kordecki*



## **Afrika:**

### **Gefährliche Hilfe**

*Mehr Geld von außen wird Afrika nicht helfen und auch nicht die Flüchtlingsströme in Richtung Europa stoppen.*

Von einem "Marshallplan für Afrika" spricht Entwicklungsminister Gerd Müller gern. Dieser Begriff, der in Entwicklungsdiskussionen früher gelegentlich auftauchte, spielt unter Fachleuten längst keine Rolle mehr. In den weitaus meisten Ländern Afrikas fehlen sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen für so ein Programm. Afrikanische Politiker wie der nigrische Präsident Mahamadou Issoufou, bei dem Bundeskanzlerin Angela Merkel gerade war, übernehmen den Begriff aber gerne, und zwar aus naheliegenden Gründen. Issoufou münzte das großzügige Signal aus Berlin sofort in eine Forderung von einer Milliarde Euro um. Klugerweise hat Merkel den Präsidenten sofort gebremst.

Das Verschwinden des Begriffs "Marshallplan" ändert indes nichts an dem Konzept, das dahinter steht: eine Menge Geld nach Afrika zu schicken. Auch Merkel ist für eine erhebliche Steigerung der Entwicklungshilfe, um auf diese Weise die Migrationsneigung der Afrikaner zu bremsen. Aus demselben Grund will EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker für eine "Investitionsoffensive" mehr als achtzig Milliarden Euro zugunsten der Herkunftsländer von Flüchtlingen

mobilisieren, die Hälfte davon aus EU-Mitteln.

Die Idee, mit Geld wirtschaftliche Entwicklung zu erzwingen, ist so alt wie falsch. Dennoch halten Entwicklungshilfe-Gurus wie der Ökonom Jeffrey Sachs und der Musiker Bono an der Gleichung "mehr Geld = mehr Entwicklung" fest. Die Erfahrung zeigt, dass die Gleichung nicht stimmt, jedenfalls nicht in Afrika. Die Umkehrung ist richtig. Die über Jahrzehnte von reichen Ländern des Nordens geschenkten Entwicklungs-Milliarden haben das Gegenteil dessen bewirkt, was beabsichtigt war: Statt unabhängig von fremder Hilfe zu machen, haben sie die Eigeninitiative geschwächt und Abhängigkeit verstärkt. Niemand hat das prägnanter formuliert als der frühere nigrische Präsident Mamadou Tanja: "Die Entwicklungshilfe hat uns zu einem *peuple de la main tendue* gemacht", zu einem Volk der ausgestreckten Hand".

Gegen eine erhebliche Steigerung der Entwicklungshilfe spricht auch das Grundgesetz jeder Hilfe, das Subsidiaritätsprinzip. Danach ist jeder Mensch und jede Gesellschaft zunächst selbst für das eigene Wohlergehen zuständig. Erst wenn nach Ausschöpfung aller eigenen Kräfte Probleme nicht gelöst sind, ist Hilfe von außen geboten.

Davon sind wir aber weit entfernt. Afrika ist eigentlich ein reicher Kontinent, und seit Generationen werden begabte Afrikaner an den besten Universitäten des Nordens ausgebildet. Außerdem steht heute das Weltwissen per Internet in den entlegensten Dörfern auch Afrikas zur Verfügung. Erst wenn all diese Ressourcen genutzt sind, sind andere am Zuge. Achten wir diese Reihenfolge nicht, verletzen wir das Subsidiaritätsprinzip. Und das tun wir seit Langem.

### **Eine Hilfsindustrie als moderne Form des Kolonialismus**

Wenn Merkel sagt, man müsse "Afrika Lebensperspektiven bieten", und meint, wir müssten das tun, dann ist das falsch. Afrika muss sich seine Lebensperspektiven selbst erarbeiten. Und wenn Minister Müller sagt, was er in Afrika alles bewirken will, dann will auch er etwas gestalten, wofür er, jedenfalls primär, nicht zuständig ist, sondern erst subsidiär. Für Afrikas Politiker ist diese Haltung komfortabel, weil wir Dinge erledigen, die Afrikaner eigentlich selbst erledigen könnten – und müssten.

Beispiel: Die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas wird schwer behindert durch den katastrophalen Zustand vieler Verkehrswege, vor allem der Straßen. Der Bau einer einfachen Straße ist keine Sache der Hochtechnologie. Statt dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) eine mit modernen Maschinen gebaute Straße finanziert, wäre es sinnvoller - und möglich -, Tausenden Arbeitslosen dadurch Einkommen zu verschaffen, dass sie mit angepasster einfacher Technik die Straße bauen. Das haben aber viele afrikanische Politiker nicht gern, weil es lästig und vor allem nicht "modern" ist. Außerdem ist der Vorteil nicht zu verachten, dass bei Außenfinanzierung große Summen durch ihre Hände fließen, von denen sich gewöhnlich etwas abzweigen lässt.

Um Afrika ständig helfen zu wollen, und zwar ohne absehbares Ende, hat sich eine gigantische Hilfsindustrie längst so fest etabliert, dass sie sich gar nicht mehr abschaffen kann. Allein diese Dauerexistenz ist ein schwerer Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip. Es ist zudem eine neue Variante des Kolonialismus, die es den eigentlich Zuständigen ermöglicht, die Hände in den Schoß zu legen – und dabei an sich zu denken.

Weil das so ist, herrschen in der Wirtschaft der meisten Staaten Afrikas Lethargie und Stillstand. Es findet keine Entwicklung statt. Während in Ostasien neue "Tiger" zum Sprung ansetzen, wie zur Zeit Vietnam und selbst Myanmar und Laos, und zwar ohne Bodenschätze und vergleichbar hohe Entwicklungshilfe, tut sich im mit Bodenschätzen und massiver Entwicklungshilfe gesegneten Afrika so gut wie nichts. Subsahara-Afrika exportiert fast keine verarbeiteten Güter. Die Wertschöpfung findet anderswo statt, trotz günstiger Exportkonditionen. Die falschen Behauptungen über



angebliche Handelshemmnisse, die in deutschen Dritte-Welt-Kreisen bis hinauf in die hohe Entwicklungspolitik gepflegt werden, tun ein Übriges, um den Blick auf wirtschaftliche Realitäten zu vernebeln.

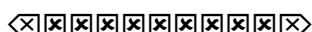
Die Entwicklung der ostasiatischen Tiger-Staaten ist "von oben" organisiert worden, allerdings auf autoritäre Weise. Nicht umsonst spricht man von "Entwicklungsdiktaturen" – die aber in der Volksrepublik China immerhin eine halbe Milliarde Menschen aus bitterster Armut herausgeführt haben.

Afrika südlich der Sahara hat auf dem Weltmarkt außer Rohstoffen fast nichts anzubieten. Eine Luftpumpe, einen Tauchsieder oder andere einfache Dinge mit der Aufschrift "Made in Togo" (oder in einem anderen Land) gibt es nicht zu kaufen. Das liegt im Wesentlichen daran, dass es verschwindend wenige moderne Unternehmer gibt, vor allem mittelständische. Und das wiederum hängt damit zusammen, dass Afrika weithin miserabel regiert und verwaltet wird. Viele afrikanische Politiker haben zu Recht den Ruf, dass sie zuerst an den eigenen Clan und das eigene Bankkonto denken statt an das Wohl der Menschen – die sie in der Regel auch noch gewählt haben.

In solche Verhältnisse hinein noch mehr Geld auszuschütten, ist unverantwortlich. Und die Vorstellung, dadurch die Flüchtlingsströme aufhalten zu wollen, ist absurd.

*Kurt Gerhardt in der Süddeutschen Zeitung vom 19.10.16*

Kurt Gerhardt, 74 Jahre alt, ist Journalist. Drei Jahre war er Landesbeauftragter des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) in Niger. Er ist Vorstandsmitglied des Vereins Makaranta zur Förderung der Grundbildung in Afrika.



### **Paul Collier: "Afrika kann sich nur selbst retten"**

Keine Zinsen fürs Ersparte? Investieren Sie in Niger & Co.! Der Merkel-Kritiker Paul Collier fordert Augenhöhe mit dem Kontinent – und berät jetzt die Bundesregierung.

Interview: Mark Schieritz



*Niamey, Niger, im vergangenen Februar: Ein nigrischer Bauarbeiter unterhält sich mit seinem chinesischen Vorarbeiter. © Joe Penney/Reuters*

**DIE ZEIT:** Warum müssen wir uns um Afrika kümmern?

**Paul Collier:** Weil es eine Tragödie ist, dass eine Milliarde Menschen in Staaten beheimatet sind, die ihren Bürgern kein anständiges Leben ermöglichen. Das ist mit der Menschenwürde nicht vereinbar.

**ZEIT:** Die Bundesregierung hat Sie als [Berater für ihre neue Afrikapolitik](#) engagiert. Haben Sie sich über diesen Auftrag gefreut?

**Collier:** Deutschland hat international eine sehr hohe Glaubwürdigkeit und bringt bei dem Thema eine Ernsthaftigkeit mit, die vielleicht bisher gefehlt hat. Man hat mich gefragt, ob ich helfen will, und ich mache das gerne, weil ich glaube, dass wir etwas

bewirken können.

**ZEIT:** Sie haben Angela Merkels [Flüchtlingspolitik](#) kritisiert. Jetzt arbeiten Sie mit ihr zusammen.

**Collier:** Ich bin einfach nicht davon überzeugt, dass wir die Probleme Afrikas lösen können, indem wir Afrika entvölkern und die Leute nach Europa holen. Es gehen in der Regel die Aktiven und Kreativen – und gerade sie werden in den eigenen Ländern gebraucht. Umso mehr freut es mich, dass die deutsche Regierung nun [bei den Fluchtursachen](#) ansetzen will.

**ZEIT:** Warum glauben Sie, dass das funktionieren kann? Es ist schließlich nicht der erste Versuch, die Armut in Afrika zu besiegen.

**Collier:** Wir können aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Es war ein Fehler, den afrikanischen Regierungen vorschreiben zu wollen, was sie tun sollen. Sie können niemandem zu seinem Glück zwingen. Das funktioniert nicht. Und es war ein Fehler, dass wir uns stark auf soziale Belange konzentriert haben. Das gilt besonders für die Hilfsorganisationen. Sie wollen Kindern ein Lächeln ins Gesicht zaubern und solche Dinge. \_

**ZEIT:** Was ist daran schlecht?

**Collier:** Ich habe nichts gegen lächelnde Kinder. Aber wenn wir den afrikanischen Regierungen die Verantwortung dafür abnehmen, die Bevölkerung mit vernünftigen Schulen und Häusern zu versorgen, dann werden sie in der Bevölkerung nie den Rückhalt bekommen, den sie brauchen, um ihre Länder voranzubringen.

**ZEIT:** Was wollen Sie anders machen?

**Collier:** Der Schlüssel sind die Unternehmen. Die meisten Hilfsorganisationen mögen keine Unternehmen, schon gar keine ausländischen Großkonzerne. Doch mit den Unternehmen kommt der Wohlstand. Sie sind ein Motor des Fortschritts und können weitreichende gesellschaftliche Veränderungen auslösen. Genau so war es übrigens auch in China.

**ZEIT:** Warum ist das so?

**Collier:** Wir haben dazu Untersuchungen gemacht: Firmen mit 50 Mitarbeitern sind ungefähr zehnmal so produktiv wie Kleinbetriebe mit vier Beschäftigten, weil sich die Arbeitnehmer auf bestimmte Tätigkeiten spezialisieren können. Wenn Afrika wirtschaftlich aufholen soll, sind über einen längeren Zeitraum hohe einstellige Wachstumsraten nötig. Das bekommen wir nicht hin, wenn wir die Leute mit Kleinkrediten fördern, damit sie am Straßenrand Körbe flechten.

### **Die jungen Leute in Afrika wollen keine Opfer mehr sein**

**ZEIT:** Und wie wollen Sie die Unternehmen nach Afrika locken?

**Collier:** Eines der großen Probleme ist die Energieversorgung. In vielen afrikanischen Ländern gibt es kein funktionierendes Stromnetz. Dann sagen aber die westlichen Regierungen: Ihr dürft wegen des Klimawandels keine Kohle verbrennen, und Staudämme mögen wir ebenfalls nicht. Wasser und Kohle sind die wichtigsten Energieträger in Afrika. Was sollen die Länder tun? Kerzen anzünden? Wir brauchen [umfassende Investitionen](#) in die Infrastruktur, dann werden sich Unternehmen in Afrika niederlassen.

**ZEIT:** Das kostet Geld.

**Collier:** Viel Geld. Wir reden hier über Projekte in der Größenordnung von vielleicht 45 Milliarden Dollar jährlich. Aber wissen Sie, was die gute Nachricht ist?

**ZEIT:** Was?

**Collier:** Es gibt auf der Welt genug Geld. In vielen westlichen Ländern haben Versicherungen und Pensionskassen große Schwierigkeiten, die Ersparnisse ihrer Kunden anzulegen, weil die Zinsen so niedrig sind. Das gefährdet die Altersversorgung in den Industrienationen. Wenn mit diesen Geldern die

Modernisierung der Infrastruktur in Afrika finanziert würde, dann würden sich damit ansehnliche Renditen erzielen lassen. Das ist eines der Dinge, die wir vorhaben: die Bedingungen für private Investitionen verbessern.

**ZEIT:** Wenn sich mit [Investitionen in Afrika](#) so viel Geld verdienen lässt, warum macht das dann noch keiner?

**Collier:** Weil die Risiken als zu hoch wahrgenommen werden und die meisten Finanzunternehmen wenig über Afrika wissen. Märkte können mit solchen Unsicherheiten nicht gut umgehen. Eine unserer Ideen ist, dass die Staaten der G20 einen Teil der Risiken übernehmen und Informationen bündeln. In vielen Ländern schränken zudem strenge Anlagevorschriften den Handlungsspielraum der Pensionskassen ein, womöglich müssen wir auch da etwas tun. Wir wollen hier zusammen mit den afrikanischen Regierungen verschiedene Modelle entwickeln.

**ZEIT:** Und so kann der Westen Afrika retten?

**Collier:** Wir können Afrika nicht retten. Das wäre der völlig falsche Ansatz. Wir hatten genug theatralische Posen, die am Ende nur das eigene schlechte Gewissen beruhigen sollen. Afrika kann sich nur selbst retten. Aber wir können dabei helfen.

**ZEIT:** Es gibt inzwischen viele Experten, die Entwicklungshilfe komplett ablehnen, weil sie nur die Abhängigkeit vergrößere.

**Collier:** Das ist doch ein künstlicher Gegensatz: Entwicklungshilfe ist kein Allheilmittel, aber auch kein Teufelszeug. Es kommt auf die Umstände an. Schauen Sie sich Ruanda an. Die Armut ist gesunken, die Wirtschaft wächst. Der Westen hat geholfen, aber vor allem waren die Menschen in Ruanda entschlossen, nach dem schrecklichen Bürgerkrieg die Vergangenheit hinter sich zu lassen. Gute Gesetze, stabile Institutionen und eine interessierte und informierte Bevölkerung – das ist die [Basis für wirtschaftlichen Wohlstand](#).

**ZEIT:** Der Westen hat viele Hundert Jahre benötigt, um diese Voraussetzungen zu schaffen.

**Collier:** So viel Zeit brauchen wir auch nicht. Als ich ein Kind war, war China noch bitterarm, heute ist es eine wirtschaftliche Großmacht. Wenn alles gut läuft, braucht ein Land eine Generation, um die Armut zu überwinden.

**ZEIT:** Viele afrikanische Regierungen werfen den Industrienationen vor, ihre Märkte abzuschotten und so den Entwicklungsländern zu schaden.

**Collier:** Das ist nicht ganz falsch. Ich halte trotzdem nicht sonderlich viel von diesem Argument, weil es vom eigenen Versagen ablenkt. China hat die Weltwirtschaftsordnung nicht verändert und dennoch den Sprung aus der Armut geschafft.

**ZEIT:** China wurde aber nicht jahrzehntelang von westlichen Mächten unterdrückt.

**Collier:** Wie bitte? Großbritannien hat in China Kriege geführt, um das Land mit Opium überschwemmen zu können. Die Chinesen haben sich davon aber nicht entmutigen lassen. Ich will die Folgen des Kolonialismus in Afrika nicht schönreden, aber indem wir die Afrikaner zu Opfern erklären, entmündigen wir sie. Nach meiner Erfahrung wollen das gerade die jungen Leute in Afrika nicht mehr hören. Da wächst eine Generation heran, die ihr Schicksal in die Hand nehmen will. Diese Menschen sind die Zukunft.

*Zeit online vom 29.10.16*



Impressum: Deutsch-Burkinische Freundschaftsgesellschaft e.V. [www.dbfg.de](http://www.dbfg.de)  
Vorsitzender: Christoph Straub, Kallmorgenstr. 8, 76229 Karlsruhe  
Die hier veröffentlichten Artikel geben nicht in allen Fällen die Meinung des Vorstandes der DBFG wieder.